

Dank neuem Steuerbonus soll sich Vollzeit wieder lohnen

Der FDP-Ständerat Damian Müller fordert Abzüge für Beschäftigte mit einem 100-Prozent-Pensum

DAVID VONPLON

Erst war es ein Fachkräftemangel. Doch mittlerweile ist das eine Unterbreitung. Es fehlen längst nicht mehr nur die Spezialisten, etwa im Gesundheitswesen, in der IT-Branche und im Ingenieurwesen. Vielmehr mangelt es in fast allen Branchen ganz grundsätzlich an Arbeitskräften – und das bis zu den Hilfskräften. Vergangene Woche stieg der Index des Personalvermittlers Adecco und der Universität Zürich zum Arbeitskräftemangel auf einen neuen Rekordwert. Seit 2015 taten sich die Firmen nicht mehr so schwer, ihre offenen Stellen zu besetzen.

Und so schnell wird die Schweiz das Problem nicht loswerden. Weil die geburtenstarke Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren in Pension geht, rücken schlicht nicht genug junge Leute auf dem Arbeitsmarkt nach. Bis 2030 werden gemäss Experten nicht weniger als 250 000 Arbeitskräfte fehlen – allein die Gesundheitsbranche rechnet mit 40 000 unbesetzten Stellen in der Pflege. «Da tickt eine demografische Zeitbombe», sagt der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. «Wer pflegt denn künftig unsere stark steigende Zahl an Seniorinnen und Senioren?» Als Politiker könne er dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zuschauen.

Teilzeit wird gefördert

Doch wo ansetzen? Die Zuwanderung hilft – stösst aber innenpolitisch auf Widerstand. Bereits wetzt die SVP mit der Lancierung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» die Messer. Sie sieht als Notbremse gegen die Zuwanderung nicht nur Massnahmen im Asylbereich vor, sondern auch die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit. Der Zustrom an Arbeitskräften aus dem EU-Raum könnte in-

Statt weiter ausschliesslich auf Zuwanderung zu setzen, sollen laut Müller Anreize geschaffen werden, damit die Inländer mehr arbeiten.

des ganz von allein versiegen: Auch die Bevölkerung in Europa wird älter, und Länder wie Portugal setzen vermehrt Anreize, um ihre Leute aus dem Ausland zurückzuholen.

Statt weiter ausschliesslich auf Zuwanderung zu setzen, müssen laut Müller endlich Anreize geschaffen werden, damit die Inländer mehr arbeiten. «Es führt kein Weg daran vorbei, unser Arbeitskräftepotenzial besser auszunutzen», sagt er. Doch wie soll das gehen in einem Land, das bereits heute eine so hohe Beschäftigungsquote aufweist wie kaum ein anderes Land in Europa?

Müller sieht die Lösung in einem Strauss von Massnahmen. Eine davon ist, Teilzeitbeschäftigte mit einem Steuerbonus dazuzubringen, ihr Pensum aufzustocken. Konkret sollen neu alle Personen mit einem 100-Prozent-Pensum einen fixen Betrag vom steuerbaren Einkommen abziehen dürfen. Orientieren soll sich dieser Betrag an der maximalen Einzahlung in die dritte Säule – derzeit beträgt diese 7053 Franken.

Mit dem Steuerbonus will Müller einen staatlichen Fehlanreiz beseitigen. Denn wer weniger arbeitet, wird vom Steuersystem heute begünstigt. Grund dafür sind die progressiven Tarife. Sie sorgen dafür, dass die Steuern stärker sinken als das Einkommen. Und das fällt durchaus ins Gewicht, wie die «NZZ am Sonntag» unlängst am Bei-



Bis 2030 werden gemäss Experten nicht weniger als 250 000 Arbeitskräfte fehlen – um die Lücke beim Personal zu schliessen, wird ein neues Steuermodell vorgeschlagen.

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

spiel einer ledigen Person illustriert hat, die in Bern wohnt.

Bei einem steuerbaren Einkommen von 100 000 Franken fallen 24 0000 Franken an Steuern an. Wird das Pensum auf 80 Prozent reduziert, geht das Einkommen zwar um 20 000 Franken zurück, die Steuerlast sinkt damit aber auf 18 000 Franken. Unter dem Strich muss die Person damit nur auf 18 Prozent des Lohnes verzichten. Verstärkt wird diese Vollzeitarbeitsstrafe durch bedarfsabhängige Sozialleistungen, die bei Teilzeitarbeit eher in Anspruch genommen werden, so etwa Verbilligungen bei Krankenkassenprämien wie auch durch einkommensabhängige Preise für die Kinderbetreuung.

«Teilzeit ist wichtig», sagt Müller, «nun aber müssen wir auch die Vollzeitarbeit wieder fördern, um das Arbeitsvolumen zu erhöhen.» Er verweist auf den Lehrkräftemangel: Dort erachtet etwa der Bildungsforscher Stefan Wolter die Teilzeit als wesentlichen Treiber für den Personalengpass. So müssten heute zwei bis drei Lehrkräfte ausgebildet werden pro Vollzeitpensum.

Der Vormarsch der Teilzeit betrifft indes nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, sondern die gesamte Arbeitswelt. Arbeiteten zur Jahrtausendwende noch drei von zehn Personen Teilzeit, sind es heute fast vier. Insbesondere auch Männer reduzieren ihr Arbeitspensum immer häufiger. So hat sich der Anteil der Teilzeiter an den Berufstätigen im gleichen Zeitraum etwa verdoppelt. Dabei zeigt sich allenthalben, dass steigende Löhne nicht zwangsläufig dazu führen müssen, dass mehr gearbeitet wird. Im Gegenteil: Weil sich das gewünschte Einkommen auch mit weniger Zeitaufwand erzielen lässt, entscheiden sich viele für mehr Freizeit.

Bundesrat befürchtet Ausfälle

Müller will diesen Trend nun mit einem Steuerbonus für Personen mit Full-Time-Job brechen. In erster Linie sollten davon nicht Topverdiener profitieren, für welche die Massnahme kaum ins Gewicht falle, sondern der Mittelstand. «Gerade für Paare, welche die Erziehung ihrer Kinder hinter sich haben, könnte der Abzug von 7000 Franken den Ausschlag dafür geben, das Pensum wieder zu erhöhen», ist der FDP-Mann überzeugt. Schliesslich werde das Haushaltsbudget damit spürbar entlastet.

Wenig begeistert vom Vorschlag zeigt sich allerdings der Bundesrat. Er räumt zwar ein, dass vor allem bei höheren Einkommen negative Anreize bestünden, die Teilzeitarbeitende von einem Vollzeitpensum abhalten könnten. Dennoch sei es nicht opportun, zusätzliche Massnahmen ohne vertiefte Prüfung umzusetzen, sonst drohten Mitnahmeeffekte und Mindereinnahmen.

Heute hält die hohe Steuerbelastung nicht zuletzt die Zweitverdienenden bei verheirateten Paaren davon ab, mehr zu arbeiten.

Konkret heisst das: Vom Steuerbonus würden auch viele Personen profitieren, die bereits heute Vollzeit arbeiten. Da dies bereits heute für mehr als 60 Prozent der Erwerbstätigen gilt, würde der Steuerabzug nach dem Giesskannenprinzip den Bund entsprechend teuer zu stehen kommen.

Müller hält dem die zusätzlichen Steuereinnahmen entgegen, die generiert würden, wenn viele Beschäftigte ihre Pensen aufstockten. Bei der eidgenössischen Steuerverwaltung jedoch will man davon auf Anfrage nichts wissen. Zwar kann die Behörde keine konkreten Zahlen zu den finanziellen Auswirkungen eines Steuerabzugs auf Vollzeitarbeit liefern, dazu fehlten die Daten zu den Arbeitspensen. Man gehe aber nicht davon aus, dass sich der Steuerabzug selber finanziere, sagt der Sprecher Patrick Teuscher. Die zusätzlichen Steuereinnahmen könnten die Mitnahmeeffekte nicht kompensieren.

Der Bundesrat ist immerhin bereit, den Vorschlag Müllers im Rahmen eines Postulats zu prüfen, in dem verschiedene mögliche Massnahmen zur Aufwertung von höheren Pensen aufgezeigt werden sollen. Der Bund verhehlt dabei nicht, dass er andere Alternativen für geeigneter hält, um das Arbeitskräftepotenzial im Inland zu mobilisieren. So setzt die Regierung insbesondere darauf, dass mit der Einführung

der Individualbesteuerung, die das Parlament verlangte, die Erwerbsanreize gestärkt werden. Heute hält die hohe Steuerbelastung aufgrund der Progression nicht zuletzt die Zweitverdienenden bei verheirateten Paaren davon ab, mehr zu arbeiten. Werden die beiden Partner künftig getrennt veranlagt, resultiert für die Zweitverdiener, zu einem grossen Teil Frauen, eine steuerliche Entlastung. Laut dem Bundesrat liegt hier das grösste brachliegende Fachkräftepotenzial.

Marius Brühlhart, Wirtschaftsprofessor an der Universität Lausanne, sieht das ähnlich. Er verweist in einem Beitrag auf der Plattform X auf eine Studie, die detailliert untersucht hat, wie stark Frauen (um die es hier vor allem geht) auf eine Veränderung beim Nettolohn reagieren. Dabei zeigt sich, dass ein zusätzlicher finanzieller Anreiz am meisten wirkt bei Frauen, die gar nicht erwerbstätig sind oder von kleinen Pensen auf höhere wechseln. «Man zielt also genau auf die Falschen», lautet das Fazit des Ökonomen. Vereinfacht gesagt handle es sich beim Steuerabzug für die Vollzeitarbeit um eine Massnahme ohne wesentliche Impulswirkung.

«Das ist ökonomisch ineffizient»

Noch weniger anfangen kann mit Müllers Forderung Dina Pomeranz, Wirtschaftswissenschaftlerin an der Universität Zürich. Mit dem Steuerabzug auf Vollzeitarbeit mische sich der Staat in die innerfamiliäre Arbeitsteilung ein, kritisiert sie auf X. Arbeite zum Beispiel eine Person 60 und die andere 80 Prozent, müsse die Familie mehr Steuern bezahlen, als wenn eine Person 40 und die andere 100 Prozent arbeite. Gefördert werde damit das traditionelle Ernährermodell, bei welchem der Lebensunterhalt einer Familie vorwiegend durch eine Person gesichert werde und der Ehepartner im Gegenzug die Hausarbeit und die Kinderbetreuung übernehme. «Das ist nicht nur zutiefst unliberal, sondern auch ökonomisch ineffizient», hält die Ökonomin fest.

Ob die Vorbehalte der Ökonomen auch im Parlament geteilt werden oder ein neuer Steuerbonus in der angespannten finanziellen Situation des Bundes eine Mehrheit findet, wird sich in zwei Wochen zeigen. Dann debattiert der Ständerat über den umstrittenen Vorstoss.

Beliebter Dialekt kann Nachteil sein

Skilehrer-Idiom dürfte Rolle bei Bundesratswahl spielen

IRÈNE TROXLER

Es gibt wissenschaftliche und weniger seriöse Rankings der Deutschschweizer Dialekte. Sie haben eines gemeinsam: Auf dem ersten Platz landet stets das «Bärndütsch», die Sprache der Troubadoure und des Mundartrocks. Die rote Laterne trägt jeweils das Thurgauer Idiom, hinter den Dialekten von St. Gallen und Schaffhausen.

Der Bündner Dialekt des Bundesratskandidaten Jon Pult landet meist auf Platz zwei. Sein Konkurrent Beat Jans rangiert mit seinem «Baseldytsch» irgendwo im Mittelfeld oder in der unteren Hälfte, immerhin in der Regel noch vor dem Zürcher Dialekt. Ausser wenn die Umfrage von einem grossen Zürcher Medienhaus stammt und besonders viele Bewohnerinnen und Bewohner dieses Kantons teilgenommen haben. Denn ihren eigenen Dialekt finden die meisten Menschen schön.

Das unbeliebte «uvulare R»

Linguisten haben die Gründe für die sprachlichen Vorlieben erforscht. Auf den Podestplätzen landen vorwiegend sogenannte «Feriendialekte», wie Adrian Leemann, Professor für Sprachwissenschaft mit Schwerpunkt Soziolinguistik an der Universität Bern, sagt. «Wenn man jemanden mit Bündner, Walliser oder Berner Dialekt hört, weckt dies Erinnerungen an schöne Begegnungen und Erlebnisse in den Bergen.» Ausserdem transportierten diese Sprachen mehr Gefühlsausdruck und Witz als die Sprachen der Städter.

Jon Pult ist in Chur zur Schule gegangen. Zweifellos wird seine sonore Bündner Intonation ihm ein paar Sympathiepunkte bringen in den Hearings der Parteien. Theoretisch könnte auch der Basler Dialekt für Witz stehen. Immerhin hat keine andere Region der Schweiz eine Fasnacht, über deren Schnitzelbänke das ganze Land schmunzelt. Aber das Basler Idiom hat ein Handicap: das uvulare R. Gemäss Leemann zeigen Studien, dass es Menschen missfallen kann, wenn dieser Konsonant weit hinten im Rachen gebildet wird. Das machen neben den Baslerinnen und Baslern auch die Thurgauer, Schaffhauser und St. Galler, was mit ein Grund dafür sein könnte, dass diese Dialekte in den Rankings die hinteren Plätze belegen.

Befehle wirken im Basler Dialekt

Geht man allerdings davon aus, dass für das Bundesratsamt eher Leader-Typen gefragt sind, präsentiert sich die Ausgangslage anders. Dann gilt: Vorteil für Jans. Die linguistischen Untersuchungen zeigen nämlich, dass die «Feriendialekte» zwar sehr sympathisch sind, aber nicht unbedingt mit Kompetenz in Verbindung gebracht werden. Jans' «Baseldytsch» hingegen sei zwar gemäss Untersuchungen für den Ausdruck von Gefühlen suboptimal, sagt der Sprachwissenschaftler Leemann. Dafür eigne es sich besser für die Informationsvermittlung und für die Ausgabe von Befehlen als das Bündnerdeutsche.

Es wäre natürlich unverföhren, zu behaupten, Eva Herzogs Basler Dialekt sei in der Bundesratswahl vor einem Jahr dem charmanten französischen Akzent von Elisabeth Baume-Schneider unterlegen. Schliesslich achtet das Parlament bei der Wahl einer Bundesrätin nicht nur auf die Farbe und den Klang der Stimme. Und es ist erwiesen, dass man es auch mit einem unbeliebten Idiom samt uvularem R weit bringen kann.

Immerhin wurde die amtierende Finanzministerin Karin Keller-Sutter von der «Financial Times» für ihre Entschlossenheit in der CS-Krise zu einer der 25 «Frauen des Jahres» gekürt. Es sind denn auch vor allem die Deutschschweizerinnen und -schweizer, die sich am uvularen R stören. Im englischen und französischen Sprachraum hängt es nicht von der Aussprache des R ab, als wie attraktiv ein helvetischer Dialekt bewertet wird. Auch das hat die empirische Dialektforschung untersucht.